

Finanzdirektion des Kantons Bern
Münsterplatz 12
3011 Bern

E-Mail: beat.baumgartner@fin.be.ch

Bern, 17. Mai 2019

Vernehmlassung über die Verordnung zum Finanz- und Lastenausgleich (FILAV) - Stellungnahme der BDP Kanton Bern

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin,
sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme bezüglich der Änderung der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAV) bedanken wir uns bei ihnen bestens.

1. Grundsätzliches

Aufgrund des Berichts der Regierung wurde eine entsprechende Planungserklärung zur Änderung des harmonisierten Steuerertrags-Index (HEI) mit knappem Mehr überwiesen. Die Senkung des HEI von 86% auf 84% liegt innerhalb der im Gesetz vorgegebenen Bandbreite zwischen 90% und 75%. Somit wäre eine solche Anpassung ohne Gesetzesänderung möglich.

2. Bedeutung des HEI

Der harmonisierte Steuerertrags-Index dient dazu, für kleine, finanzschwache Gemeinden einen zusätzlichen Ausgleich zu schaffen, damit sie ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen können. Gemäss der Vernehmlassungsunterlagen beiliegenden Liste würde die geringe Reduktion um 2% bei einigen Gemeinden zwischen 0.5 und 1 Steuerzehntel ausmachen.

Dies sind meistens Gemeinden, welche ohnehin schon finanziell limitiert sind. Wie die Regierung im Vortrag festhält, wären einige dieser Gemeinden gezwungen, eine Steuererhöhung auf Gemeindeebene zu beantragen. Sollte eine solche Steuererhöhung abgelehnt werden, könnten diese Gemeinden ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr, oder nur mit grossen Einschränkungen nachkommen. Die BDP erachtet diese Änderung des FILAV deshalb als ungeeignetes Mittel, um Gemeindefusionen anzustossen. Damit würden einzig und allein der Druck auf die Finanzen der Gemeinden und deren Bürger erhöht werden.

3. Stellungnahme der BDP

Bereits in der Grossratsdebatte vom 6. September 2018 hat die BDP-Fraktion die Anpassung des HEI aufgrund der Planungserklärung Saxer einstimmig abgelehnt. Wir sind klar der Meinung, dass eine solche Massnahme nicht zum erhofften Ziel von zunehmenden Gemeindefusionen führen würde. Finanzschwache Gemeinden können sich noch weniger leisten und müssen mit ihren Finanzen noch knauseriger umgehen.

Die BDP ist entschieden der Meinung, dass Gemeindefusionen mit Anreizen und nicht mit Druck von oben angestossen werden müssen. Deshalb lehnt die BDP die Änderung der FILAV in dieser Form entschieden ab.

4. Schlussbemerkungen

Mit der Änderung der FILAV können die von der Regierung formulierten Ziele nicht erreicht werden. Die finanziellen Möglichkeiten der betroffenen Gemeinden werden zusätzlich eingeschränkt. Mit allfälligen Steuererhöhungen in diesen Gemeinden wird der Unmut der Bevölkerung gegenüber dem Kanton noch grösser. Damit können Bürger kaum für Gemeindefusionen motiviert und überzeugt werden.

Unsere obgenannten Ausführungen verstehen sich ohne präjudizielle Wirkung für die zukünftige parlamentarische Behandlung. Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen und behalten uns ausdrücklich vor, im Rahmen der parlamentarischen Beratung weitere und oder andere Anträge zu stellen.

Gerne stehen wir Ihnen für weitere Erläuterungen oder Auskünfte zur Verfügung.

Auskunft:
Jakob Etter, Grossrat
Tel: 079 252 73 12



Jan Gnägi
Präsident BDP Kanton Bern



Astrid Bärtschi
Geschäftsstelle BDP Kanton Bern